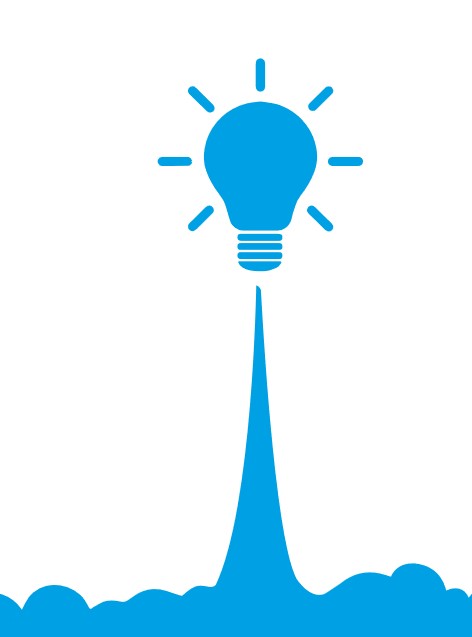
  
Kommunalpolitik verstehen.

**Wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Hintergrundwissen für alle, die kommunalpolitisch aktiv werden wollen**  
  
  
  
Eine Veröffentlichung der Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW

**Impressum**

Münster 2022

**Herausgeberin**

Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW e. V.

Neubrückenstraße 12-14

48143 Münster

**Konzept und Redaktion**

LAG SELBSTHILFE NRW,

Projekt „Politische Partizipation Passgenau!“:

Christina Baum

Merle Schmidt

Lisa Jacobi

[www.politik-fuer-alle.nrw](http://www.politik-fuer-alle.nrw/)

E-Mail: [mehr-partizipation@lag-selbsthilfe-nrw.de](mailto:mehr-partizipation@lag-selbsthilfe-nrw.de)

**Grafisches Konzept und Layout**

Julia Jeschke, jujedesign

[info@jujedesign.de](mailto:info@jujedesign.de)

**Lektorat**

Stefanie Höhne

[www.stefaniehoehne.de](http://www.stefaniehoehne.de)  
  
Mit besonderen Dank an Marcus Windisch für das wertvolle Feedback.  



Das Projekt „Politische Partizipation Passgenau!“ befindet sich in Trägerschaft der LAG SELBSTHILFE NRW und wird gefördert vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Landesinitiative „NRW inklusiv“.

Broschüren-Reihe

Diese Publikation ist Teil einer Broschüren-Reihe zum Thema „Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen auf kommunaler Ebene“.

Zu dieser Reihe gehören außerdem die Broschüren:

Kommunalpolitik machen! Wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Praxis-Tipps für alle, die kommunalpolitisch aktiv werden wollen

Türen zur Kommunalpolitik öffnen. Wie können Politik und Verwaltung die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen stärken?

Prüfen, planen, anpacken – Checkliste für eine wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen

Mehr Informationen unter: [www.politik-fuer-alle.nrw](http://www.politik-fuer-alle.nrw)

Liebe Leser\*innen,

Sie interessieren sich für die Politik vor Ihrer Haustüre? Sie würden gern selbst etwas in Ihrem Wohnort bewegen? Möglicherweise stoßen Sie in Ihrer Heimatstadt oder Ihrer Gemeinde regelmäßig auf Barrieren und würden gern aktiv dabei helfen, diese abzubauen? Das ist Ihr gutes Recht! Mit dieser Broschüre möchten wir Sie ermutigen, Ihre Stimme einzubringen. Getreu dem Sprichwort „Wissen ist Macht“ wollen wir nicht nur Hintergrund-wissen zum Thema „Kommunal-politik“ vermitteln, sondern Ihnen zeigen, wie diese Informationen Ihnen als politisch aktive Person helfen können, Ihre Anliegen und Ziele zu verfolgen. Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

Bei Fragen und Anregungen können Sie sich gern an uns wenden:

[mehr-partizipation@lag-selbsthilfe-nrw.de](mailto:mehr-partizipation@lag-selbsthilfe-nrw.de)

[www.politik-fuer-alle.de](http://www.politik-fuer-alle.de)

Inhalt

[Einstieg 6](#_Toc111196998)

[Broschüren-Lotse 6](#_Toc111196999)

[Wissensbasis 6](#_Toc111197000)

[Was meinen wir, wenn wir von Behinderung sprechen? 6](#_Toc111197001)

[Was ist politische Partizipation oder auch wirksame Teilhabe und warum ist sie wichtig? 8](#_Toc111197002)

[Politik und Verwaltung müssen wirksame politische Teilhabe fördern. 8](#_Toc111197003)

[Was ist Kommunalpolitik? 10](#_Toc111197004)

[Was sind Kommunen? 10](#_Toc111197005)

[Wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen: Pflichtaufgabe oder freiwillig? 13](#_Toc111197006)

[Die Verantwortlichen 14](#_Toc111197007)

[Was machen Bürgermeister\*innen oder Landrät\*innen? 14](#_Toc111197008)

[Die Bedeutung der Verwaltung in der Politik 15](#_Toc111197009)

[Was ist ein Stadt-/Gemeinderat? 15](#_Toc111197010)

[Was ist ein Kreistag? 15](#_Toc111197011)

[Was sind Fraktionen? 16](#_Toc111197012)

[Was sind Ausschüsse? 17](#_Toc111197013)

[Der Unterschied zwischen Einwohner\*innen und Bürger\*innen 19](#_Toc111197014)

[Teilhabemöglichkeiten in der Kommunalpolitik 20](#_Toc111197015)

[Ein spezielles Anliegen direkt in die Politik einbringen 20](#_Toc111197016)

[Der Bürger\*innen-Entscheid 21](#_Toc111197017)

[Der Einwohner\*innen-Antrag 22](#_Toc111197018)

[Anregung und Beschwerde an den Rat 23](#_Toc111197019)

[Anregungen und Beschwerden an den\*die Bürgermeister\*in/Landrät\*in 24](#_Toc111197020)

[Behindertenbeauftragte einbeziehen 24](#_Toc111197021)

[Kommunalpolitik regelmäßig mitgestalten 25](#_Toc111197022)

[Lokale Behinderten-politik mitgestalten: Behindertenbeiräte 25](#_Toc111197023)

[Gremien der Selbsthilfe 25](#_Toc111197024)

[Als sachkundige\*r Bürger\*in mitwirken 25](#_Toc111197025)

[Ratsmitglied werden 26](#_Toc111197026)

[Kreativ politisch aktiv 27](#_Toc111197027)

[Politik auf der Straße 27](#_Toc111197028)

[Blogs, Social Media und Presse 27](#_Toc111197029)

[Bedingungen für eine wirksame politische Teilhabe 29](#_Toc111197030)

[Über die drei Faktoren für eine gelingende politische Partizipation: 29](#_Toc111197031)

[Wirksame politische Teilhabe ist ein Lernprozess 31](#_Toc111197032)

[Es braucht verbindliche Strukturen 31](#_Toc111197033)

[Verbindlicher Handlungsrahmen durch Satzung 31](#_Toc111197034)

[Interessenvertretungen und wann sie wirksam sind 32](#_Toc111197035)

[Behindertenbeiräte als Brücken zur Kommunalpolitik 32](#_Toc111197036)

[Behindertenbeauftragte – Anker und Anlaufstelle 34](#_Toc111197037)

[Behindertenbeauftragte: eine Stelle, bei der vielfältige Kompetenzen gefragt sind 35](#_Toc111197038)

[Die Lage in NRW – wie zugänglich ist die Kommunalpolitik? 37](#_Toc111197039)

[Der Stand zur politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in NRW 38](#_Toc111197040)

[Über die Interessenvertretung in die Politik 38](#_Toc111197041)

[Interessenvertretungen: die Lage in Zahlen 39](#_Toc111197042)

[Wie (gut) Sie sich kommunalpolitisch beteiligen können, hängt vom Wohnort ab 40](#_Toc111197043)

[Kreisangehörige Gemeinden haben am seltensten eine Interessenvertretung 41](#_Toc111197044)

[Wie viele der bestehenden Interessenvertretungen haben eine Satzung? 42](#_Toc111197045)

[Infopool 43](#_Toc111197046)

[Weiterführende Literatur 43](#_Toc111197047)

[Anlaufstellen 44](#_Toc111197048)

# Einstieg

## Broschüren-Lotse

Die Broschüre ist in vier Themenbereiche unterteilt:   
  
Im ersten Themenbereich Wissensbasis erläutern wir, was wir mit „Behinderung“ und „politischer Partizipation“ meinen.   
Im zweiten Themenbereich geht es um die Grundlagen von Kommunalpolitik. Wie funktioniert sie, wer ist verantwortlich und wie können Sie sich effektiv beteiligen?   
Im dritten Themenbereich zeigen wir Ihnen, welche Bedingungen nötig sind, damit politische Partizipation gelingen kann und wann sie effektiv ist.   
Im vierten Themenbereich schauen wir genauer auf die Situation von Menschen mit Behinderungen in NRW: Wie gut können sie sich im Land beteiligen und was besagen die  
rechtlichen Grundlagen?   
Zum Schluss finden Sie noch einen Infopool mit weiterführender Literatur, hilfreichen Links und wichtigen Anlaufstellen.

# Wissensbasis

## Was meinen wir, wenn wir von Behinderung sprechen?

Wenn wir in dieser Broschüre von „Behinderung“ sprechen, beziehen wir uns auf die Definition des Begriffs der UN-Behindertenrechtskonvention (im Folgenden UN-BRK).[[1]](#footnote-1) In der UN-BRK heißt es in Artikel 1:

„Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.“[[2]](#footnote-2)

Lange Zeit wurde vor allem medizinisch und defizitorientiert auf Behinderungen geblickt. Das heißt: Der Fokus lag auf der einzelnen Person und dem, was sie vermeintlich aufgrund ihrer Behinderung nicht kann. Als Problem wurde also der\*die Einzelne gesehen.   
Der Behinderungsbegriff der UN-BRK bringt einen wesentlichen neuen Aspekt ins Spiel: Nicht die Person mit der Beeinträchtigung muss sich anpassen, um umwelt- oder einstellungs-bedingte Barrieren zu überwinden und teilhaben zu können. Vielmehr muss die Gesellschaft Barrieren abbauen, diese bei einer zukünftigen Planung von vorneherein vermeiden und so Wege schaffen, dass alle Menschen, mit und ohne Behinderung, vollumfänglich teilhaben können. Behindert ist man nicht, behindert wird man. Damit hat sich die Sicht auf Behinderung grundlegend verändert: Es geht nicht um die Beschreibung eines vermeint-lichen (medizinischen) Mangels. Vielmehr sind wir als Gesellschaft aufgefordert, einen Weg zu finden, Menschen nicht mehr an ihrer wirksamen Teilhabe zu hindern und so der „Allgemeinen Erklärung der Menschen-rechte“ Geltung zu verschaffen. Denn diese drückt es in ihrem ersten Artikel aus: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“[[3]](#footnote-3)

**Menschen mit Behinderungen sind keine einheitliche Gruppe**

Ebenso wie Menschen ohne Behinderungen vielfältige Biografien, Interessen und Haltungen haben, ist dies natürlich auch bei Menschen mit Behinderungen der Fall. Daher sind Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen keine einheitliche Gruppe. Geeint werden sie aber durch den Umstand, dass sie an ihrer vollen gesellschaftlichen Teilhabe behindert werden. Auch die Formen der Behinderungen können sehr unter-schiedlich sein. Aus diesem Grund ist es überaus wichtig, dass sich viele verschiedene Menschen mit Behinderungen am politischen Prozess beteiligen. Denn einzelne Personen können schwer das Expert\*innenwissen aufbringen, das benötigt wird, um die vielseitigen Barrieren in der Gesellschaft zu erkennen und zu beheben.

Wenn wir im Folgenden von Menschen mit Behinderungen sprechen, meinen wir zu jeder Zeit auch Menschen mit chronischen Erkrankungen, auch wenn wir diese nicht jedes Mal explizit mit aufführen. Wir wissen, dass viele Betroffene begriffliche Unterschiede machen. So würden sich einige Menschen mit chronischen Erkrankungen z.B. nicht als Menschen mit einer Behinderung definieren. Wenn es aber um den Aspekt der politischen Teilhabe geht, so werden auch viele Menschen mit chronischen Erkrankungen systematisch aus-geschlossen und bleiben so in der Politik ungehört und ungesehen. In diesem Sinne werden sie in ihrer wirksamen politischen Teilhabe behindert.

## Was ist politische Partizipation oder auch wirksame Teilhabe und warum ist sie wichtig?

Partizipation bedeutet, dazuzugehören, dabei zu sein, und vor allem: sich zu beteiligen, aktiv mitzugestalten und mitzuentscheiden. Im Deutschen wird für „Partizipation“ häufig das Wort „Teilhabe“ verwendet. Um deutlich zu machen, dass es uns bei der „politischen Teilhabe“ insbesondere um das effektive Mitgestalten und Mitentscheiden – und nicht etwa nur um das bloße Dabeisein – geht, verwenden wir „Teilhabe“ ab jetzt in dieser Broschüre immer in Verbindung mit dem Wort „wirksam“. Partizipation ist also wirksame Teilhabe.[[4]](#footnote-4)

Ein Bereich, in dem eine wirksame Teilhabe von möglichst vielen verschiedenen Menschen wichtig ist, ist die Kommunalpolitik, denn in der Kommunalpolitik wird konkret über unser direktes Lebensumfeld entschieden. Fühle ich mich in meinem Wohnort sicher? Komme ich selbstständig überall hin oder stoße ich regelmäßig auf Barrieren? Bin ich Teil der Gesellschaft oder stehe ich immer wieder außen vor? Unser Lebensumfeld bestimmt, wie wir leben und was wir erleben. Und dieses Umfeld wiederum wird in großem Maße von der Kommunalpolitik gestaltet.

Menschen mit Behinderungen haben strukturell weniger Möglichkeiten, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Es besteht für sie trotz formaler Gleichheit vor dem Gesetz eine tatsächliche Ungleichheit. Der Grund dafür sind Barrieren in der Umwelt oder in den Köpfen der Mitmenschen, die Menschen mit Behinderungen an einer wirksamen gleich-berechtigten Teilhabe am politischen Prozess hindern.

So sind z.B. viele Parteibüros und Sitzungssäle nicht barrierefrei oder es fehlen Informationen in Leichter und in Gebärdensprache. Manchmal gibt es bei Entscheidungs-träger\*innen ohne Behinderungen noch Vorurteile oder es fehlt ein wertschätzender Umgang gegenüber Menschen mit Behinderungen. Daher bleiben die Perspektive und die Expertise von Menschen mit Behinderungen, etwa über Barrieren der wirksamen Teilhabe und wie diese überwunden werden könnten, für die Gesellschaft oft ungehört und ungenutzt. Mit Blick auf die Kommunalpolitik bedeutet das: Gemeinderäte und Kreistage repräsentieren zumeist nicht den Querschnitt der Bevölkerung, denn Menschen mit Behinderungen sind in diesen Gremien unterrepräsentiert.

## Politik und Verwaltung müssen wirksame politische Teilhabe fördern.

Das sollte und muss nicht so bleiben! Kommunal Verantwortliche aus Politik und Verwaltung sind gefragt, die Türen zur Kommunalpolitik zu öffnen und die politische Beteiligung von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Rechtlich sind sie dazu auch aufgefordert. Der Auftrag der UN-BRK an alle politischen Ebenen lautet: Es müssen langfristig in allen Lebensbereichen inklusive Strukturen geschaffen und bestehende Barrieren abgebaut werden. Das Ziel: inklusive Gemeinden, Städte und Kreise, in denen alle Bürger\*innen vollumfänglich an allen Bereichen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens wirksam teilhaben können. Dazu zählt ausdrücklich auch das politische Leben.

So heißt es in Artikel 29 der UN-BRK:

„Die Vertragsstaaten garantieren Menschen mit Behinderungen die politischen Rechte sowie die Möglichkeit, diese gleichberechtigt mit anderen zu genießen, und verpflichten sich, […]

b) aktiv ein Umfeld zu fördern, in dem Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten mitwirken können, und ihre Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten zu begünstigen, unter anderem

i) die Mitarbeit in nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen, die sich mit dem öffentlichen und politischen Leben ihres Landes befassen, und an den Tätigkeiten und der Verwaltung politischer Parteien;

ii) die Bildung von Organisationen von Menschen mit Behinde-rungen, die sie auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler Ebene vertreten, und den Beitritt zu solchen Organisationen.“[[5]](#footnote-5)

Weitere rechtliche Grundlagen für die kommunalpolitische Beteiligung von Menschen mit Behinderungen finden Sie im Behindertengleichstellungsgesetz NRW in Paragraf 13, im Inklusionsgrundsätzegesetz NRW in Paragraf 9 sowie in der Gemeindeordnung NRW in den Paragrafen 24 und 27a.

Auf der anderen Seite sind auch alle Nicht-Politiker\*innen gefragt, sich einzubringen und mitzumischen. Dafür bietet sich die Kommunalpolitik besonders an, denn sie passiert direkt vor Ort und jede\*r kann einen Beitrag zu ihrer Gestaltung leisten. Schon allein aufgrund der Tatsache, dass alle ihren Lebensall-tag in einer Kommune verbringen und damit direkt erleben, was zum Beispiel gut läuft und was verbesserungswürdig ist. Jede\*r kann also sehr konkret daran mitarbeiten, Barrieren zu erkennen, sie abzubauen und ein inklusives Lebensumfeld zu schaffen, in dem alle dazugehören, gesehen werden und wirksam teilhaben können.

Das klingt gut? Dann lassen Sie uns gemeinsam an diesem inklusiven Lebensumfeld arbeiten! Wir zeigen Ihnen gern, wie Sie die Politik vor Ort mitgestalten können.

# Was ist Kommunalpolitik?

Gemeinden, Städte und Kreise müssen sich umgestalten, damit alle dort lebenden Menschen gleichberechtigt, vollumfänglich und wirksam am öffentlichen Leben teilhaben können. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, dass Menschen mit Behinderungen die Kommunal-politik aktiv mitgestalten können. Aber was ist Kommunalpolitik genau?

## Was sind Kommunen?

Kommunen sind Gemeinden, Städte und Kreise – also unsere Wohnorte. In NRW gibt es 396 Gemeinden. 22 der 396 Gemeinden sind kreisfreie Städte. Alle übrigen 374 Gemeinden und Städte gehören Kreisen an. 31 Kreise gibt es in NRW.

Der Begriff „Gemeinde“ kann im kommunalpolitischen Zusammenhang zwei Bedeutungen haben:

* „Gemeinde“ kann als Überbegriff für ein Gebiet genutzt werden, das einen bestimmten Raum umfasst und einer Verwaltung unterliegt. Dörfer, Städte oder auch Kreise können in diesem Sinne eine Gemeinde sein. Übrigens: „Kommune“ bedeutet wörtlich übersetzt Gemeinde.
* Der Begriff „Gemeinde“ wird zudem auch für kleine Gebiete mit wenigen Bewohner\*innen verwendet, um diese Orte von größeren Gebieten wie mittelgroßen oder großen Städten abzugrenzen. Von Gemeinden ist in diesem Sinne die Rede, wenn in dem jeweiligen Gebiet maximal 25.000 Einwohner\*innen leben. Gemeinden gehören immer einem Kreis an. Daher nennt man sie auch „kreisangehörige Gemeinden“. Diese Angaben gelten für NRW. In anderen Bundesländern gibt es andere Regelungen.

Wenn wir im Folgenden von Gemeinden sprechen, beziehen wir uns auf die zweite Bedeutung. Denn beim Thema „wirksame politische Teilhabe“ ist es sehr wichtig, ob Sie in einer kleinen Gemeinde leben oder in einer Großstadt. Denn Großstädte haben in der Regel andere Teilhabestrukturen als zum Beispiel kleine Gemeinden oder Kreise. Genaueres hierzu erfahren Sie im Kapitel „Die Lage in NRW – wie partizipativ ist die Kommunalpolitik?“ ab Seite 37. Auch was die Verantwortlichkeiten betrifft, gibt es bei kreisangehörigen Gemeinden und Städten einen Unter-schied zu Großstädten, denn sie haben eine weitere Anlaufstelle, nämlich die Kreisverwaltung. Je nach Anliegen muss man also zunächst prüfen, welche Verwaltung für das eigene Anliegen zuständig ist.

**Was ist eigentlich ein Kreis?**

Ein Kreis setzt sich aus mehreren meist kleineren Gemeinden und Städten zusammen. Ziel der Politik in einem Kreis muss es sein, dafür zu sorgen, dass möglichst in allen zugehörigen Gemeinden und Städten ausgewogene und gleichwertige Lebensverhältnisse bestehen. Gerade kleine Gemeinden können in vielen Fällen keine große Verwaltung unterhalten, die sich um alles kümmert. Dafür werden auf Kreisebene gemeinsame Aufgaben koordiniert, die über Gemeindegrenzen hinaus geregelt werden sollten, z.B. der öffentliche Personen-nahverkehr (also zum Beispiel die örtlichen Busse und Bahnen). Übrigens: Nur in NRW und Schleswig-Holstein sprechen wir von Kreisen. In den anderen Bundesländern gibt es „Landkreise“.

**Die Kommune im Verhältnis zur Bundes- und Landespolitik**

Deutschland ist ein sogenannter „föderaler Bundesstaat“. Er teilt sich auf in Bund,   
16 Bundesländer und Kommunen, also Gemeinden, Städte und Kreise.

Die Kommunen sind die kleinsten politischen „Verwaltungseinheiten“ in Deutschland. Ihnen übergeordnet sind die Bundesländer und der Bund. Verwaltungseinheit bedeutet: Die Kommunen verwalten das Leben vor Ort. Sie sind unter anderem dafür zuständig, Vorgaben der Bundes- und Landespolitik praktisch umzusetzen.

Zwar sind die Kommunen die kleinsten politischen Verwaltungseinheiten, sie spielen aber in unserem Alltag eine große Rolle: Denn in der Kommunalpolitik geht es ganz konkret um die Planung und um Entscheidungen für unser Lebensumfeld:

* Kann ich mich in meinem Wohnort ohne Weiteres fortbewegen?
* Kann ich jederzeit und überall den Notruf kontaktieren?
* Bekomme ich die Müllabfuhrpläne digital und in Leichter Sprache?
* Wird das neue Stadttheater barrierefrei sein?
* Wann wird das Schwimmbad barrierefrei?
* Wie sieht es mit Freizeitangeboten, Parks und Weiterbildungsangeboten aus?

Diese Beispiele zeigen, warum die kommunale Ebene besonders wichtig ist und warum gerade hier die politische Beteiligung von Menschen mit Behinderungen gebraucht wird: In der Kommunalpolitik entscheidet sich, ob ich am öffentlichen Leben und der Gemeinschaft wirksam teilhaben kann oder nicht. Und es entscheidet sich, inwiefern mein Lebensalltag barrierefrei ist oder nicht.

**In der Kommunalpolitik sind die Wege im Vergleich zur Landes- oder Bundespolitik für Bürger\*innen kürzer**

Die Kommunalpolitik eignet sich besonders gut für die wirksame politische Teilhabe der Bürger\*innen, denn den eigenen Wohnort kennt man gut. Hier weiß man, wo der Schuh drückt und was sich verändern muss. Die Wege in die Politik sind außerdem sowohl wortwörtlich als auch im übertragenen Sinne kürzer: Sitzungen können schneller einberufen und mitverfolgt werden, Ansprechpartner\*innen sind Ihnen vielleicht schon bekannt oder zumindest schnell auffindbar und auch persönlich erreichbar bzw. ansprechbar. Die Hemmschwellen und Hierarchien in der Kommunalpolitik sind niedriger als auf Landes- und Bundesebene.

**Die Gestaltungsfreiheit und die Aufgaben der Kommunen**

Bund und Bundesländer sind bei fast allen Gesetzen, die sie beschließen, darauf angewiesen, dass die Kommunen diese in die Praxis umsetzen. Ob beim Ausstellen von Personalaus-weisen, dem Einrichten und Verwalten von Schulen und Kindergärten, bei der Organisation und Durchführung von Tests und Impfungen in einer Pandemie oder auch bei der Umsetzung von Inklusion in den jeweiligen Wohnorten.

Neben den vorgegebenen Gesetzen von Bund und Bundesländern obliegt allen Kommunen jedoch auch eine Gestaltungsfreiheit: Alles, was vor Ort entschieden werden kann, soll nicht auf höherer Ebene entschieden werden. Dieses Prinzip heißt „Subsidiarität“.

„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

(Grundgesetz Artikel 28, Absatz 2)

**Kommunen haben Pflicht- und freiwillige Aufgaben**

Es gibt demnach zwei verschiedene Aufgabenarten für Kommunen: zum einen die Pflicht-aufgaben, die von Bund und Bundesland vorgegeben werden. In vielen Fällen ist hier nicht nur das Ob vorgeschrieben, sondern auch das Wie, z.B. das Ausstellen von Personalaus-weisen und Reisepässen. Dies verläuft deutschlandweit in allen Verwaltungen gleich.

Zum anderen gibt es die freiwilligen Aufgaben, denn jede Kommune hat ein „Aufgaben-findungsrecht“. Sie kann also über viele Aufgaben, Maßnahmen und Bereiche selbst ent-scheiden, oder anders ausgedrückt: Sie kann sich vieles selbst zur Aufgabe machen.   
Und hier wird es spannend!

## Wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen: Pflichtaufgabe oder freiwillig?

Sind der Aufbau einer inklusiven Kommune und die Ein-richtung von wirksamen politischen Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen Pflichtaufgaben oder dürfen Kommunen sich freiwillig dazu entscheiden?

Die UN-BRK hat in Deutschland durch ihre Ratifizierung den Rang eines einfachen Bundes-gesetzes. Die Vorgaben der Konvention sind also auf allen politischen Ebenen, auch in den Kommunen, umzusetzen. Insofern handelt es sich bei der Einrichtung von wirksamen politischen Teilhabemöglichkeiten um eine Pflichtaufgabe.

Aber: Die UN-BRK beinhaltet keine individuell einklagbaren Rechte. Man kann sich also nicht als Privatperson direkt an ein Gericht wenden, weil die Vorgaben der UN-BRK zum Beispiel von der Verwaltung des eigenen Wohnorts nicht umgesetzt werden.

Der Stand der Umsetzung der UN-BRK wird regelmäßig von der Monitoring-Stelle des unabhängigen Deutschen Instituts für Menschenrechte überwacht und kommentiert.

Genauer hierzu informieren kann man sich auf der Internetseite des Instituts unter: [www.institut-fuer-menschenrechte.de](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de)

**Ein Problem: unkonkrete Gesetze**

Obwohl die Umsetzung der UN-BRK – und damit etwa die Ermöglichung einer wirksamen politischen Teilhabe von allen Menschen-also eine Pflichtaufgabe für alle Kommunen ist, wird sie in vielen Fällen trotzdem wie eine freiwillige Aufgabe behandelt.

Ein Grund dafür könnten die vagen Formulierungen und die fehlenden rechtlichen Konsequenzen bei Nichteinhaltung sein. So wird die Frage nach Schaffung von politischen Teilhabestrukturen oft abgewogen: Gibt es genügend Personal und finanzielle Mittel, um entsprechende Maßnahmen umzusetzen? Braucht überhaupt irgendwer wirksame politische Teilhabemöglichkeiten? **Nicht das Wie wird also besprochen, sondern das Ob überhaupt.**

Damit ist aktuell die Frage, ob Kommunen inklusiver werden und wirksame Teilhabe ermöglichen, an einen wesentlichen Punkt geknüpft: Sehen die verantwortlichen Politiker\*innen einen akuten Bedarf, um den Wohnort inklusiver zu gestalten? Besteht für sie also überhaupt die Not-wendigkeit, tätig zu werden und aktiv Barrieren abzubauen? Obwohl wir sicher davon ausgehen können, dass in jeder Kommune Menschen mit Behinderungen leben, zeigt die Praxis, dass dieser Bedarf oft nicht wahrgenommen wird.

**Woran liegt das?**

Ein wichtiger Grund dafür, dass der Bedarf nach Veränderung nicht wahrgenommen wird, liegt an der fehlenden Sicht- und Hörbarkeit von Menschen mit Behinderungen. Es scheint ein Teufelskreis zu sein: Menschen mit Behinderungen sind weniger sichtbar, weil ihre wirksame Teilhabe erschwert ist. Ihre wirksame Teilhabe ist wiederum erschwert, weil sie weniger sichtbar sind. Eine häufige Konsequenz ist, dass die Priori-täten von Entscheider\*innen in der Politik anders gesetzt werden, weil Bedürfnisse und Perspektiven von Menschen mit Behinderungen nicht wahrgenommen werden. Die Fragen nach einem barrierefreien, inklusiven Lebensumfeld und nach einer wirksamen Teilhabe tauchen nicht auf oder gehen schnell wieder unter.

Die Kommunalpolitik muss also ihre Strukturen ändern. Sie muss zugänglicher werden, damit wir den beschriebenen Teufelskreis durchbrechen können. Und sie muss anerkennen, dass die Frage nach Inklusion und wirksamer Teilhabe keine „Ob-Frage“ ist: Es geht nicht darum, ob eine Gemeinde, eine Stadt oder ein Kreis inklusiv sein müssen und alle Menschen in öffentlichen Bereichen wirksam teilhaben können. Es geht darum, wie dies schnellstmöglich und effektiv umgesetzt werden kann.

Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig wirksame politische Teilhabe ist. Denn wirksame politische Teilhabe bedeutet, gesehen und gehört zu werden. Es bedeutet, auf wichtige Themen zu zeigen und diese sichtbar zu machen. Wirksame politische Teilhabe bedeutet, das eigene Leben und das Leben an-derer mitzugestalten und zusammen eine Gemeinschaft für alle zu bilden.

## Die Verantwortlichen

Werfen wir nun einen Blick auf die Verantwortlichen in der Kommunalpolitik. Sie sind wichtige Anlaufstellen und letztlich auch diejenigen, die die Türen zur Kommunalpolitik öffnen und die Entscheidungen zu mehr Inklusion und wirksamer politischer Teilhabe treffen können.

### Was machen Bürgermeister\*innen oder Landrät\*innen?

* Gemeinden und Städte haben eine\*n (Ober-)Bürgermeister\*in. Kreise haben eine\*n Landrat\* Landrätin.
* Bürgermeister\*innen und Landräte\*innen leiten die Verwaltung. Sie sind Vorsitzende des Gemeinde-/Stadtrats oder des Kreistags und der jeweiligen Ausschüsse.
* Genau wie die Rats- und Kreistags-mitglieder werden auch Bürgermeister\*innen und Landräte\*innen gewählt.
* In kleineren Gemeinden arbeiten Bürgermeister\*innen meist ehrenamtlich und erhalten dafür eine Aufwandsentschädigung.
* In größeren Gemeinden und in Städten sind Bürgermeister\*innen hauptamtlich angestellt. Sie sind Verwaltungsbeamt\*innen auf Zeit, da sie abgewählt werden können.
* Bürgermeister\*innen sind das Bindeglied zwischen Bürger\*innen, Rat und Verwaltung. Es ist möglich, Bürgermeister\*innen oder Landräte\*innen bei einem Anliegen direkt anzusprechen. Viele bieten hierfür regelmäßige Sprechstunden an.

### Die Bedeutung der Verwaltung in der Politik

Auch die Verwaltung spielt im kommunalpolitischen Prozess eine wichtige Rolle.

Im Gegensatz zu den Rats-/Kreistagsmitgliedern und Bürgermeister\*innen/Landrät\*innen werden Verwaltungsmitarbeitende nicht gewählt. Vielmehr handelt es sich bei ihnen um Angestellte der Gemeinde, der Stadt oder des Kreises. Verwaltungsmitarbeiter\*innen befassen sich hauptberuflich mit den Angelegenheiten der Kommune und sind damit Spezialist\*innen für ihre jeweiligen Themen. Oft ist es daher auch die Verwaltung, die sieht, welche Bedarfe in der Bevölkerung bestehen. Es ist entsprechend auch die Verwaltung, die diese Bedarfe an die Politik weitergibt. Und letztlich ist es auch die Verwaltung, welche die von der Politik getroffenen Beschlüsse praktisch umsetzen muss.

Für alle, die kommunal politisch aktiv werden wollen, kann die Verwaltung eine gute erste Anlaufstelle sein. So könnte man klären, ob es passende Ansprechpartner\*innen gibt. Mögliche Anlaufstellen sind Behindertenbeauftragte oder Quartiersmanager\*innen. Außerdem hat jede Verwaltung eine allgemeine Telefonnummer für Bürger\*innen. Die Mitarbeiter\*innen dort können darüber informieren, wer für das Anliegen zuständig ist bzw. an wen man sich wenden kann.

### Was ist ein Stadt-/Gemeinderat?

Im Stadt-/Gemeinderat werden die kommunalpolitischen Entscheidungen getroffen. Außerdem wird vom Rat festgelegt, wie die Verwaltung arbeiten soll. Dort wird also über die Angelegenheiten der Kommune und deren Bearbeitung entschieden. Die gewählten Rats-mitglieder arbeiten immer ehrenamtlich, egal wie groß die Kommune ist. Sie werden in NRW alle fünf Jahre von den Bürger\*innen der jeweiligen Kommune gewählt. An der Spitze des Rats sitzt der\*die Bürgermeister\*in.

### Was ist ein Kreistag?

Der Kreistag ist das Pendant zu den Stadt- und Gemeinderäten auf Kreisebene. Er entscheidet über alle grundlegenden Angelegenheiten des Kreises und legt fest, wie die Kreisverwaltung zu arbeiten hat. Die gewählten Kreistagsmitglieder arbeiten immer ehrenamtlich. Sie werden in NRW alle fünf Jahre von den Bürger\*innen des jeweiligen Kreises gewählt. An der Spitze des Kreistags sitzt der\*die Landrät\*in.

Übrigens: Zur Wahl stellen kann sich jede Person, die in der jeweiligen Kommune wählen darf. In den meisten Fällen ist es so, dass die zur Wahl stehen-den Personen einer bestimmten Partei oder Wähler\*innen-Initiative angehören, die sie bei der Wahl unterstützen. Es gibt aber auch parteilose Kandidat\*innen.

**Aufgaben der Stadt-/Gemeinderäte und Kreistage**

* Räte/Kreistage entscheiden über die kommunale Strategie in den kommenden Jahren. Das heißt, sie entscheiden, wie die Kommune sein und sich entwickeln soll und auf welche Themenfelder Schwerpunkte gesetzt werden. Sie können also auch darüber entscheiden, wie Bürger\*innen in die Gestaltung des Wohnorts einbezogen werden können.
* Der Rat/Kreistag kann entscheiden, dass das Thema „Inklusion“ in die grundsätzliche kommunale Planung einbezogen wird.
* Der Rat/Kreistag entscheidet auch, wofür im kommenden Jahr wie viel Geld ausgegeben wird. Er beschließt also den sogenannten „Haushaltsplan“.
* Der Rat/Kreistag kontrolliert die Arbeit der Verwaltung.
* Der Rat/Kreistag legt fest, wie die Rats-/Kreistagsarbeit in den nächsten Jahren aussehen soll. Er legt unter anderem fest, welche Aus-schüsse und kommunalen Gremien es geben soll. Ein kommunales Gremium ist z.B. ein Behindertenbeirat.
* Der Kreistag übernimmt zusätzlich die Aufgaben, die sinnvollerweise nicht von den einzelnen kreisangehörigen Gemeinden und Städten jeweils einzeln gelöst werden sollten, wie etwa die Pflege eines öffentlichen Verkehrsnetzes oder die Müllentsorgung.

### Was sind Fraktionen?

Die gewählten Rats- bzw. Kreistagsmit-glieder können im Rat/Kreistag Fraktionen bilden. Eine Fraktion ist ein Zusammenschluss von Gleichgesinnten, die ähnliche politische Interessen vertreten. Als Fraktion können sie im Rat/Kreistag stärker Einfluss nehmen, da sich die Fraktionsmitglieder gemeinsam für bestimmte Ziele einsetzen. Außerdem kann die Arbeit auf die verschiedenen Fraktionsmitglieder aufgeteilt werden, sodass sich die einzelnen Mitglieder auf Fachgebiete spezialisieren können.

Möchten Sie ein Thema in die Politik einbringen oder sich selbst stärker beteiligen, lohnt immer der genaue Blick auf die Verteilung und Arbeit innerhalb des Rats, um die passenden Ansprechpartner\*innen für Ihr Anliegen zu finden.

**Was ist der Unterschied zwischen einer Fraktion und einer Partei?**

Ein Großteil der gewählten Rats- und Kreistagsmitglieder gehört einer Partei an. Üblicherweise bilden die gewählten Parteimitglieder im Rat/Kreistag eine Fraktion. Sie vertreten ihre Partei im Rat/Kreistag. Allerdings können Fraktionen auch über Parteigrenzen hinaus geschlossen werden.

Warum ist das wichtig zu wissen? Weil man natürlich auch jederzeit in Parteien politisch aktiv sein kann, ohne direkt einen Sitz im Rat oder Kreistag ausfüllen zu müssen. Trotzdem kann man über diesen Weg seine Ansichten und sein Wissen einbringen und die Politik mitgestalten.

**Rats- und Kreistagssitzungen bieten wichtige Einblicke**

Rats- und Kreistagssitzungen sind grundsätzlich öffentlich und müssen in regelmäßigen Abständen von Bürgermeister\*innen/Landräten\*Landrätinnen einberufen werden. Sie stellen eine gute Gelegenheit dar, um einen Einblick in die lokale Politik und ihre Vertre-ter\*innen zu gewinnen. Die Termine sind meist auf der Internetseite des Rathauses zu finden. Informationen erhält man auch über eine allgemeine Telefonnummer, die jedes Rathaus hat.

### Was sind Ausschüsse?

Nicht alle kommunalen Angelegenheiten können im Rat/Kreistag ausführlich beraten und diskutiert werden. Außerdem braucht es für viele Entscheidungen Expertise von Sach-verständigen, die sich in den einzelnen Angelegenheiten gut auskennen. Diese Expertise bieten die Ausschüsse, die zu bestimmten Themenfeldern gebildet werden. Grundsätzlich steht es dem Rat/Kreistag frei, welche Ausschüsse er bildet. Es gibt allerdings einige Pflicht-Ausschüsse, die gebildet werden müssen. Dazu zählen z.B. der Haupt- und Finanzausschuss oder der Jugendhilfeausschuss. Typische freiwillige Ausschüsse gibt es für die Themen-bereiche „Kultur, Sport und Freizeit“, „Schule und Bildung“ sowie „Bau“, „Soziales“, „Familie“ oder „Arbeit“.

Die Ausschüsse beraten den Rat/Kreistag und geben Empfehlungen ab. In manchen Fällen können sie auch selbst entscheiden, ohne dass der Rat/Kreistag eine Entscheidung fällen muss. Die Entscheidungskompetenzen sind im Einzelnen in der Hauptsatzung der Kommune festgelegt.

Die Hauptsatzung[[6]](#footnote-6) regelt grundlegend Angelegenheiten der jeweiligen Gemeinde oder des Kreises. Sie klärt etwa: Wie heißt die Gemeinde? Welche Aufgaben hat sie?

Der Rat/Kreistag legt fest, wie groß die jeweiligen Ausschüsse sein dürfen. Die Ausschüsse setzen sich zusammen aus Vertreter\*innen des Rats/Kreistages und aus sachkundigen Ein-wohner\*innen und/oder Bürger\*innen. In der Besetzung der Ausschüsse muss sich die Zusammensetzung des Rats/Kreis-tages widerspiegeln.

In den Ausschusssitzungen sind auch Mitarbeiter\*innen der Verwaltung anwesend. Außerdem können zu den Ausschusssitzungen Expert\*innen eingeladen werden, um mit ihrem Sachverstand die Beratungen zu unterstützen.

**Kommunalpolitik ist eine Männerdomäne**

Bei den NRW-Kommunalwahlen 2020 kandidierten für den Posten als (Ober)-Bürgermeister\*in oder Landrät\*in nach Erkenntnissen des WDR-Kandidatenchecks[[7]](#footnote-7) nur 286 Frauen. Damit machten sie gerade einmal 18,9 Prozent der insgesamt 1.510 Kandidat\*innen aus. Als Mandatsträger\*innen in die Parlamente auf Gemeinde- und Kreisebene wurden insgesamt etwas mehr als 35 Prozent[[8]](#footnote-8) Frauen gewählt. Der durchschnittliche Kommunalpolitiker ist männlich, Mitte fünfzig, hat einen akademischen Abschluss und keine Behinderung. Warum erwähnen wir das? Wir haben in Deutschland eine parlamentarische Demokratie. Das heißt, wir wählen in regelmäßigen Abständen Parlamentsvertreter\*innen, die in unserem Sinne Politik machen und Entscheidungen treffen sollen. Nun sind unsere Bio-grafien, Lebensumstände, unser (wahrgenommenes) Geschlecht oder auch unsere Behinderungen wesentliche Aspekte, die bestimmen, wie wir die Welt erleben, welche Perspektiven und Positionen wir einnehmen und welche politischen Schwerpunkte wir setzen. Deshalb ist es wichtig, Menschen mit vielfältigen persönlichen und fachlichen Hintergründen in der Politik zu haben. Denn z.B. erleben Menschen mit Behinderungen ihr Umfeld in bestimmten Bereichen anders als Menschen ohne Behinderungen. Und natürlich ist auch das Erleben der Menschen mit Behinderungen so unterschiedlich, wie es die Menschen und Be-hinderungen selbst sind. Deshalb ist es wichtig, dass diese unterschied-lichen Perspektiven in der Politik vertreten sind, damit ihre vielseitigen Bedürfnisse gesehen und bedacht werden können. Daher hat die Besetzung des Rats oder Kreistags einen wesentlichen Einfluss darauf, welche Entscheidungen wie wann getroffen und welche Maßnahmen in einer Kommune umgesetzt werden.

### Der Unterschied zwischen Einwohner\*innen und Bürger\*innen

Insbesondere bei einigen der Teilhabemöglichkeiten ist manchmal von Einwohner\*innen und manchmal von Bürger\*innen die Rede. Sie sind rechtlich gesehen unterschiedlich und ihnen stehen in manchen Fällen unterschiedliche Teilhabemöglichkeiten zur Verfügung.

**Einwohner\*in** ist man, wenn man in einer Gemeinde oder Stadt wohnt.

**Bürger\*in** ist man, wenn man in einer Gemeinde oder Stadt wohnt und wahlberechtigt ist.

Wahlberechtigt ist, wer:

* die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder die eines Mitgliedsstaats der Europäischen Union sowie
* mindestens 16 Jahre alt und mindestens 16 Tage vor einer Wahl in die Gemeinde oder Stadt gezogen ist.

Jede\*r Bürger\*in ist damit gleichzeitig auch Einwohner\*in. Einwohner\*innen sind aber nicht gleichzeitig Bürger\*innen.

# Teilhabemöglichkeiten in der Kommunalpolitik

In der Kommunalpolitik verläuft nahezu alles nach festen Regeln. Das gilt auch für die Entscheidungen, die der Rat oder der Kreistag treffen. Es ist wichtig, zu verstehen, wie diese Regeln funktionieren. Denn es gibt auch für Bürger\*innen unterschiedliche Möglichkeiten, Einfluss auf diese Entscheidungen zu nehmen.

An diesem Punkt stellen wir verschiedene Möglichkeiten für eine wirksame politische Teilhabe in der Kommunalpolitik vor und vermitteln erstes Hintergrundwissen. Wollen Sie zu diesen Teilhabemöglichkeiten gleich praktische Tipps und Beispiele bekommen oder einschätzen, welche Beteiligungsform zu Ihnen am besten passt, schauen Sie gern in unsere Broschüre „Kommunalpolitik machen! Wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Praxis-Tipps für alle, die kommunalpolitisch aktiv werden wollen“. Diese finden Sie auf [www.politik-fuer-alle.nrw](http://www.politik-fuer-alle.nrw).

## Ein spezielles Anliegen direkt in die Politik einbringen

Es gibt drei Wege, wie es zu Entscheidungen in der Kommunalpolitik kommen kann:

* Der\*Die Bürgermeister\*in/Landrät\*in gibt ein Thema vor.
* Ein oder mehrere Ratsmitglieder stellen einen Antrag zu einem bestimmten Thema.
* Engagierte Bürger\*innen oder Einwohner-\*innen bringen ein Thema ein.

Wenn ein Thema durch den\*die Bürgermeister\*in/Landrät\*in und damit von der Verwaltung aufgeworfen wird, geschieht dies über eine Vorlage.

Fraktionen und Ratsmitglieder können Anträge stellen, die konkrete Vorschläge enthalten, was und warum etwas beschlossen werden soll und wie die Umsetzung finanziert werden kann.

Auch Bürger\*innen können unter bestimmten Voraussetzungen direkt über einen Sach-verhalt oder eine Maßnahme bestimmen.

**Warum ist es wichtig, diese drei Wege zu kennen?**

Je nach eigenem politischen Ziel hilft es zu wissen, wie man Themen in die Politik tragen kann. Denn so kann man den effektivsten Weg passend zum eigenen Anliegen wählen.

So könnte man versuchen, Bürgermeister\*innen oder auch einzelne Ratsmitglieder zu kontaktieren und vom eigenen Thema zu überzeugen, damit diese es in den politischen Sitzungen aufgreifen. Oder man nimmt es selbst in die Hand. Welche Möglichkeiten es konkret gibt, erklären wir auf den folgenden Seiten.

### Der Bürger\*innen-Entscheid

Eine Möglichkeit für Bürger\*innen, direkt und unabhängig auf die Ratspolitik einzuwirken, ist der Bürger\*innen-Entscheid. Möchten sie selbst ein Thema einbringen, das bislang nicht vom Rat oder Kreis beachtet wurde, oder sind sie mit einer Entscheidung durch den Rat oder Kreis nicht einverstanden, können sie ein sogenanntes „Bürger\*innen-Begehren“ erwirken. Das Bürger\*innen-Begehren ist der Antrag dafür, dass ein bestimmter Sachverhalt von allen Bürger\*innen einer Stadt oder Gemeinde entschieden wird. Diese Entscheidung wird „Bürger\*innen-Entscheid“ genannt.

Der Sachverhalt dieses Entscheids muss in Bezug zur Gemeinde/Stadt stehen und im Rahmen der Kommunalpolitik entschieden werden können. Die rechtlichen Grundlagen zum Bürger\*innen-Entscheid stehen in Paragraf 26 der Gemeindeordnung für das Land NRW.

**Achtung!**

Beim Bürger\*innen-Entscheid gibt es einige formelle Aspekte zu beachten. So ist es z.B. wichtig, ob über den Sachverhalt im Rat bereits entschieden worden ist. In diesem Fall gelten in NRW strenge Fristen. Sollte es innerhalb der letzten zwei Jahre zu diesem Sachverhalt bereits einen Bürger\*innen-Entscheid gegeben haben, ist ein weiterer nicht möglich.

Da es noch viele weitere Gesichtspunkte gibt, die bei einem Bürger\*innen-Begehren und einem anschließenden Entscheid zu beachten sind, ist es sinnvoll, sich vorab gut zu beraten zu lassen – von der Verwaltung oder von Rechtsexpert\*innen.

Mögliche Anlaufstellen für den Bereich „politische Teilhabe“ finden Sie am Ende dieser Broschüre.

**Vor dem Entscheid kommt das Begehren: Wie funktioniert ein Bürger\*innen-Begehren?**

Ein Bürger\*innen-Begehren muss vorab bei der Verwaltung schriftlich angemeldet werden. Bei der An-meldung kann man auch gleich um eine Beratung bezüglich der Vorgehensweise bitten. Die Verwaltung ist verpflichtet, alle interessierten Bürger\*innen zu beraten. Es ist möglich, den Antrag auf einen Bürger\*innen-Entscheid auch vorab durch den Rat prüfen zu lassen. Dies ist zu empfehlen, da man sich im Zweifel viel Arbeit ersparen kann.

Gibt es grünes Licht für ein Bürger\*innen-Begehren, müssen anschließend die Initiator\*innen Unterschriften sammeln. Je nach Gemeindegröße müssen zwischen drei und zehn Prozent aller dort wohnhaften Wahlberechtigten mit ihrer Unterschrift für einen Bürger\*innen-Entscheid stimmen. Wurden genügend Unterschriften gesammelt, findet der Bürger\*innen-Entscheid statt: Die Bürger\*innen entscheiden also direkt in einer schriftlichen Wahl über den Sachverhalt.

**Die Vorgehensreihenfolge:**

1. Sie sind unzufrieden mit einer Entscheidung oder ein Anliegen wird nicht vom Gemeinderat bearbeitet?
2. Sie stellen einen Antrag auf Bürger\*innen-Begehren bei der Verwaltung
3. Gibt Ihnen die Verwaltung grünes Licht:
4. Können Sie Unterschriften von gleichgesinnten Bürger\*innen sammeln
5. Haben Sie ausreichend Unterschriften gesammelt:
6. Wird Ihr Anliegen über einen Bürger\*innen-Entscheid (also eine Wahl) geklärt

**Für einen Bürger\*innen-Entscheid braucht es viele Ressourcen**

Kommt ein Bürger\*innen- Entscheid für ein Vorhaben infrage, sollten frühzeitig Mitstreiter\*innen gesucht werden: z.B. Vereine, Organisationen, Gruppen. Eine ausführliche Beratung durch die Verwaltung oder Rechts-expert\*innen ist sehr zu empfehlen, damit der Entscheid nicht an Formalitäten scheitert. Auch wird das Thema

„Öffentlichkeitsarbeit“ eine große Rolle spielen. Zudem würde es sehr helfen, prominente bzw. verantwortliche Personen zu gewinnen, die sich für das Thema interessieren und sich für einen Bürger\*innen-Entscheid aus-sprechen.

Gelingt der Entscheid, ist diese Form der Beteiligung sehr effektiv. Allerdings sind die Hürden recht hoch.

### Der Einwohner\*innen-Antrag

Mit dem Einwohner\*innen-Antrag kann man den Rat dazu bringen, sich mit einem Anliegen zu beschäftigen. Ähnlich wie bei einem Bürger\*innen-Entscheid muss auch hierfür eine bestimmte Anzahl an Unterschriften von Einwohner\*innen gesammelt werden, damit der Antrag zugelassen und beim Rat zur Entscheidung vorgelegt wird. Die genaue Anzahl an benötigten Unterschriften hängt unter anderem von der Größe der Gemeinde bzw. Stadt ab und kann im Rathaus erfragt werden. Wie der Rat über den Einwohner\*innen-Antrag entscheidet, steht ihm frei. Im Vergleich zum Bürger\*innen-Entscheid, bei dem am Ende die Bürger\*innen über ein Anliegen mitentscheiden können, haben Einwohner\*innen hier nur ein Mitwirkungsrecht, indem sie einen Antrag stellen können. Dafür ist der Bürger\*innen-Antrag leichter umzusetzen als ein Entscheid.

Der Einwohner\*innen-Antrag kann also ein gutes Mittel sein, um die Politik auf ein bestimmtes Thema aufmerksam zu machen.

Wie beim Bürger\*innen-Begehren gibt es auch beim Einwohner\*innen-Antrag bestimmte Voraussetzungen. Wurde etwa zum eigenen Anliegen bereits innerhalb der letzten 12 Monate ein Einwohner\*innen-Antrag gestellt, ist kein erneuter Antrag zulässig. Aus diesem Grund empfiehlt es sich, sich im Rathaus oder von anderen kundigen Stellen über die Vorgehensweise zu informieren.

### Anregung und Beschwerde an den Rat

Einwohner\*innen einer Kommune können sich mit schriftlichen Beschwerden und Anregungen direkt an den Rat wenden. Dies ist eine sehr häufig genutzte Möglichkeit der politischen Beteiligung. Der Rat ist in diesem Fall zu einer Stellungnahme verpflichtet. Er muss allerdings zum Thema der Anregung/Beschwerde keine Entscheidung treffen, und er muss nicht handeln. Im Gegensatz zum Einwohner\*innen-Antrag und zum Bürger\*innen-Begehren können alle Menschen Anregungen und Beschwerden an den Rat richten, unabhängig davon, ob sie in dem jeweiligen Wohnort leben, und sie müssen auch kein\*e Staatsbürger\*innen sein. Die Anregung oder Beschwerde muss sich auf eine Angelegenheit beziehen, die im Verantwortungsbereich der jeweiligen Stadt oder Gemeinde liegt. Im Zweifel kann man dies im Rathaus erfragen.

Der Weg über die Anregung oder Beschwerde kann sinn voll sein, da er wenige Formalia voraussetzt, und die Möglichkeit bietet, die Politiker\*innen auf bestimmte Themen und Belange aufmerksam zu machen.  
 **Weitere Infos:**

Weitere Informationen zu den bisher genannten Möglichkeiten der wirksamen Teilhabe erhalten Sie bei den zuständigen Ansprechpersonen in Ihrem Rathaus.

Die rechtlichen Grundlagen finden Sie in der Gemeindeordnung für das Land NRW:

* Anregung und Beschwerde: § 24 GO NRW
* Einwohner\*innen-Antrag: § 25 GO NRW
* Bürger\*innen-Begehren: § 26 GO NRW

Unterstützung bieten zudem die genannten Anlaufstellen am Ende dieser Broschüre.

### Anregungen und Beschwerden an den\*die Bürgermeister\*in/Landrät\*in

Bürgermeister\*innen und Landräte\*Landrät\*innen bieten regelmäßig offene Sprech-stunden an. Über diesen Weg kann man die kommunalen Oberhäupter auf eigene Anliegen ansprechen und um Änderung oder Klärung bitten. So kann man möglicherweise auch den Rat dazu bringen, das eigene Anliegen zu bearbeiten. Denn wie bereits erwähnt, können auch Bürgermeister\*innen und Landrät\*innen von sich aus Themen für den Rat vorgeben. Ob und wann Sprechstunden angeboten werden, erfahren Sie im Rathaus.

### Behindertenbeauftragte einbeziehen

Viele Städte, Gemeinden und Kreise haben Behindertenbeauftragte. Sie sind derzeit die häufigste Art der Interessen-vertretung von Menschen mit Behinderungen in NRW. Behindertenbeauftragte sind ein Bindeglied zwischen Menschen mit Behinderungen, der Verwaltung und der Politik. Damit sind sie auch die passenden Ansprechpersonen, wenn es um ein konkretes Anliegen geht. Behindertenbeauftragte können Tipps für das weitere Vorgehen geben, Anliegen in die Politik tragen oder Kontakte vermitteln.

## Kommunalpolitik regelmäßig mitgestalten

Wer sich regelmäßig politisch beteiligen möchte und nicht nur ein spezielles Anliegen hat, kann dies auf folgenden Wegen tun:

### Lokale Behinderten-politik mitgestalten: Behindertenbeiräte

In vielen Gemeinden, Städten und Kreisen in NRW gibt es Behindertenbeiräte. Hierbei handelt es sich um eine feste Gruppe, die sich in regelmäßigen Abständen trifft, um den Rat und die Ausschüsse in behindertenpolitischen Themen zu beraten, selbst Themen einzubringen und für die Belange und Interessen von Menschen mit Behinderungen einzustehen. Noch ist von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich geregelt, welche Aufgaben und Rechte ein Behindertenbeirat hat. Auch wie man Mitglied wird, ist in den NRW-Kommunen nicht einheitlich geregelt. Mal wird die Zusammensetzung durch eine Wahl entschieden, mal entscheidet der Rat über die Mitglieder. Deshalb ist es sinnvoll, direkt mit dem Behindertenbeirat im eigenen Wohnort Kontakt aufzunehmen und sich beraten zu lassen. Unter welchen Voraussetzungen dieser effektiv arbeiten kann, erklären wir ab Seite 32.

### Gremien der Selbsthilfe

In manchen Gemeinden/Städten gibt es Arbeitsgruppen oder andere Gruppen der Selbsthilfe, die politisch aktiv sind. Manche arbeiten zu einem bestimmten Thema, andere arbeiten wie ein Behindertenbeirat, sind aber z.B. nicht so verbindlich in die Kommunal-politik eingebunden und freier in Bezug auf die Mitgliederbesetzung. Ob es Gruppen gibt und welche das sind, ist von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich.

Im Infopool am Ende der Broschüre finden Sie Anlaufstellen, die Sie dabei unterstützen können, herauszufinden, welche Selbsthilfegruppen es in Ihrer Nähe gibt.

### Als sachkundige\*r Bürger\*in mitwirken

Sachkundige Bürger\*innen werden vom Rat in die Fachausschüsse gewählt. Alle volljährigen   
Bürger\*innen, die in dem jeweiligen Wohnort wählen dürfen, können grundsätzlich sachkundige Bürger\*innen werden. Sie beraten die Ausschüsse in ihren jeweiligen Fachgebieten.

Ein Beispiel: Will eine Stadt ein Blindenleitsystem in der Innenstadt errichten, könnte sie blinde Personen als sachkundige Bürger\*innen einbeziehen, um sicherzustellen, dass die geplanten Maßnahmen wirklich effektiv und sinnvoll sind.

Jede Kommune regelt auf Grundlage der Gemeindeordnung NRW, welche Personen als sachkundige Bürger\*innen infrage kommen, wie diese bestimmt werden und welche Rechte sie haben. So können sachkundige Bürger\*innen neben ihrer rein beratenden Funktion auch Stimmrecht erhalten.

Ein üblicher Weg, sachkundige\*r Bürger\*in zu werden, verläuft über die Fraktionen. Sie schlagen die entsprechenden Personen vor und der Rat stimmt anschließend über die Vorschläge ab. In manchen Kommunen können aber auch Gremien der Selbsthilfe oder Behindertenbeiräte sachkundige Bürger\*innen für verschiedene Ausschüsse stellen. Wer sich hierfür interessiert, kann sich entweder im Rathaus informieren oder direkt auf die Ratsfraktionen zugehen.

Übrigens: Neben sachkundigen Bürger\*innen gibt es auch sachkundige Einwohner\*innen. Sie können im Gegensatz zu den sachkundigen Bürger\*innen kein Stimmrecht erhalten.

Den Unterschied zwischen Bürger\*innen und Einwohner\*innen haben wir auf Seite 19 erläutert.

### Ratsmitglied werden

Ratsmitglieder und Bezirksvertreter\*innen[[9]](#footnote-9) werden von den Bürger\*innen einer Kommune gewählt. Sie nehmen mit ihren Entscheidungen direkten Einfluss auf die Entwicklung der Kommune. Als Ratsmitglied ist man in der Regel auch Mitglied einer Partei oder einer Wähler\*innen-Initiative und wurde durch die Kommunalwahlen in den Stadt-/Gemeinderat gewählt.

Die Arbeit als Mandatsträger\*in ist ehrenamtlich und mit einer großen Verantwortung verbunden. Denn als Vertretung der Bürger\*innen der eigenen Stadt oder Gemeinde sind sie diejenigen, die für alle sprechen und mitentscheiden müssen. Wer selbst in den Rat möchte, muss für die Wahl zunächst zugelassen werden. Ist dies geschehen, steht er\*sie dann bei der Wahl auf der Liste der wählbaren Kandidat\*innen. Eine Person zur Wahl vorschlagen können Parteien oder Wählergruppen, aber auch Behindertenbeauftragte. Die genauen Bestimmungen hierfür regelt die Kommunalwahlordnung NRW. Wer Interesse an einer Ratskandidatur hat, kann sich beispielsweise im Rathaus beraten lassen.

Um die Politiklandschaft langfristig inklusiver zu gestalten, ist es wichtig, dass sich mehr Menschen mit Behinderungen in den Parteien engagieren, dass sie für Räte kandidieren und Ratsmitglieder werden. Wünschenswert wäre es, dass die Parlamente auf allen politischen Ebenen den Querschnitt ihrer Bevölkerung widerspiegeln und auf diese Weise die Interessen aller Menschen gleichberechtigt gehört und berücksichtigt werden.

Welche Aufgaben haben Gemeinde- und Stadträte? Was sind Fraktionen? Nähere Informationen finden Sie auf Seiten 15 ff.

## Kreativ politisch aktiv

### Politik auf der Straße

Seinem Anliegen kann man auch Ge-hör verschaffen, indem man es auf die Straße trägt. Ob in Form einer Demonstration, eines Infostands oder als kreatives Theaterstück in der Einkaufspassage, die Möglichkeiten sind zahlreich. Je bunter und ausgefallener die Aktion ist, umso wahrscheinlicher ist es, dass z.B. die Lokalpresse darüber berichtet. Denn die freut sich immer über gute Bilder. Die lokalen Politiker\*innen wiederum verfolgen zu einem großen Teil die lokalen Nachrichten. So kann man auch über diesen Weg die Politik auf bestimmte Themen aufmerksam machen.

Je nach Aktion müssen diese allerdings vorab beim Ordnungs-amt oder der örtlichen Polizei-behörde angemeldet werden. Weitere Informationen hierzu gibt es im Rathaus.

### Blogs, Social Media und Presse

Auch Blogs, Facebook, Twitter und Co. spielen in der Politik eine zunehmend größere Rolle. Zugegeben ist dies in der Landes- und Bundespolitik noch stärker der Fall. Trotzdem lesen auch bei lokalen Nachrichten und Beiträgen im Netz viele Lokalpolitiker\*innen mit. Der inhaltliche Austausch mit Mitbürger\*innen, anderen politisch Aktiven und Interessierten hilft, um selbst immer mehr politisches Hintergrundwissen aufzubauen und durch die Wahrnehmung anderer Perspektiven und Bedarfe seinen Blick auf das eigene Umfeld zu erweitern. Schließlich bieten die Plattformen auch die Möglichkeit, Mitstreiter\*innen zu finden. Seine politischen Gedanken in Blogbeiträgen, Podcasts, Leser\*innen-Briefen an die Lokalpresse oder auch als Beiträge bei Facebook zu teilen, heißt somit, am gesamt-gesellschaftlichen, politischen Austausch teilzunehmen. Dieser Weg bietet damit eine Chance, andere für eigene Themen zu sensibilisieren und so die Politik und die Gesellschaft mitzugestalten.

Zum Thema „Online-Bürgerbeteiligung” können Sie sich auf folgender Internetseite informieren: [www.politische-bildung.nrw.de/digitale-medien/digitale-demokratiekompetenz/online-buergerbeteiligung](http://www.politische-bildung.nrw.de/digitale-medien/digitale-demokratiekompetenz/online-buergerbeteiligung)

**Aktiv werden, aber wie?**

Ihr Interesse ist geweckt und Sie wollen nun selbst politisch aktiv werden? Praktische Tipps erhalten Sie in unserer Broschüre „Kommunalpolitik machen! Wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Praxis-Tipps für alle, die kommunalpolitisch aktiv werden wollen“.

Mehr Informationen finden Sie unter: [www.politik-fuer-alle.nrw](http://www.politik-fuer-alle.nrw)

# Bedingungen für eine wirksame politische Teilhabe

Eine effektive und damit wirksame Teilhabe in der Kommunalpolitik ist ein komplexes Thema, weil oft sehr unterschiedliche Positionen, Perspektiven und Interessen aufeinander-treffen. Kommunen in NRW müssen sich hierbei noch stärker darauf einlassen, allen Menschen eine wirksame politische Teilhabe zu ermöglichen.

Das bedeutet für die Verwaltungen und die Kommunalpolitik, dass feste Prozessabläufe und grundlegende Strukturen auf den Prüfstand gestellt und sicherlich in vielen Fällen auch neu entwickelt werden müssen. Auf diese Vorgänge haben Bürger\*innen nur bedingt Einfluss. Aber auch für politisch aktive Bürger\*innen ist es wichtig zu wissen, was sie einfordern dürfen, was konkrete Kriterien für eine wirksame Teilhabe sind und wie man diese formuliert. Denn nicht selten kommen Prozessentwicklungen auch in Verwaltungen erst in Gang, wenn sie von außen eingefordert werden.

Drei wesentliche Faktoren müssen für eine wirksame politische Teilhabe zusammenarbeiten: die partizipative Struktur, die inklusive Kultur und die politische Aktivität. Sie müssen in der Praxis ineinandergreifen und ein Miteinander bilden. Alle drei Teile sind wichtig für das Gelingen von wirksamer politischer Teilhabe und sie beeinflussen sich gegenseitig. Man kann sie sich gut als Zahnräder vorstellen, die das Gesamtwerk „wirksame politische Teilhabe“ am Laufen halten. Blockiert ein Zahnrad, kommen die anderen Zahnräder auch zum Stehen. Andererseits kann aber auch ein Zahnrad die anderen beiden Räder in Bewegung versetzen.[[10]](#footnote-10)

## Über die drei Faktoren für eine gelingende politische Partizipation:

**Partizipative Struktur bedeutet,**

* dass Kommunen es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, sich zu beteiligen.
* dass die gesetzlichen Vorgaben vor Ort bestmöglich umgesetzt werden.
* dass der Rat verbindliche Satzungen verabschiedet.
* dass die Kommune barrierefreie Räume für die Interessenvertretung bereitstellt.
* dass die Kommune den Interessen-Vertreter\*innen eine Aufwandsentschädigung für ihr Ehrenamt zahlt.
* dass hauptamtliche Beauftragte einen ausreichend großen Stellenumfang bekommen.
* dass Nachteilsausgleiche aus dem kommunalen Haushalt gezahlt werden, die eine Beteiligung erst möglich machen, etwa für besondere Fahrdienste, Gebärdensprach-dolmetscher\*innen oder eine persönliche Assistenz zur Teilnahme an Sitzungen.

**Inklusive Kultur bedeutet,**

* dass Interessenvertreter\*innen wertgeschätzt und anerkannt werden.
* dass alle Beteiligten sich auf Augenhöhe begegnen.
* dass alle Beteiligten alle Informationen rechtzeitig und barrierefrei austauschen.
* dass alle Beteiligten wechselseitig Verständnis für die Sichtweisen und Lebens-verhältnisse der Gesprächspartner\*innen entwickeln.
* dass die kommunal Verantwortlichen Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen ermöglichen und ernst nehmen.

**Politische Aktivität bedeutet,**

* dass Menschen mit Behinderungen aktiv werden und sich politisch einmischen.
* dass sich möglichst viele verschiedene Menschen einbringen.
* dass Menschen mit Behinderungen dazu eingeladen werden, aktiv zu sein und sich einzubringen.
* dass Menschen mit Behinderungen dabei ermutigt und unterstützt werden, sich aktiv einzumischen.
* dass Interessenvertretungen wie Beiräte am besten selbst entscheiden können, zu welchen Themen und wie intensiv sie sich beteiligen möchten.

Wirksame politische Teilhabe muss also ermöglicht (Struktur), gewollt (Kultur) und gemacht (Aktivität) werden. Nur wenn die politische Struktur, die inklusive Kultur und die politische Aktivität ineinandergreifen und ein gutes Miteinander bilden, kann die wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen umfassend, effektiv und nachhaltig gestärkt werden.

## Wirksame politische Teilhabe ist ein Lernprozess

Wirksame politische Teilhabe – bzw. Inklusion im Allgemeinen – lässt sich nicht über Nacht herstellen. Vielmehr handelt es sich bei diesem Vorhaben um einen Lernprozess, der sich stetig weiterentwickelt, der dynamisch verläuft und Teil einer lebendigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung ist. Gerade bei der Neuorientierung im Hinblick auf die Grundsätze der UN-BRK und bei der Schaffung neuer wirksamer Teilhabestrukturen ist es möglich, dass politisch Aktive auf Widerstände stoßen. Unsicherheiten, mögliche Interessenkonflikte, auch ein angenommener erhöhter Arbeits-aufwand können z.B. Gründe hierfür sein. Als Kompass bei derartigen Konflikten sollte immer die UN-BRK und damit das Interesse der Allgemeinheit dienen. Politische Partizipation ist ein Menschenrecht und steht damit über den persönlichen oder wirtschaftlichen Interessen einzelner Akteur\*innen. Das „Ob“ politischer Partizipation von Menschen mit Behinderungen ist kein Diskussionsgegenstand mehr. Es geht darum, in den Kommunen gemeinsam das „Wie“ zu verhandeln und zu planen.

## Es braucht verbindliche Strukturen

Der Grad an Verbindlichkeit ist ein wesentlicher Aspekt, wenn es um wirksame und nachhaltige Teilhabe in der Kommunalpolitik geht. Kreative und weniger formelle Wege sind für eine vielfältige Beteiligung und als niedrigschwellige Einstiege wichtig. Neben diesen Möglichkeiten sollte es aber eine feste Verankerung von wirksamen Teilhabemöglichkeiten innerhalb der kommunalen Abläufe geben, die eine regelmäßige und kontinuierliche Beteiligung von Menschen mit Behinderungen im kommunalpolitischen System ermöglichen. Aktuell sind im politischen Betrieb wenig Menschen mit Behinderungen vertreten. Interessenvertretungen in Form von Beiräten und ähnlichen Gremien sowie Beauftragte sind daher eine wichtige und effektive Lösung für die direkte Mitgestaltung der Kommunalpolitik.

## Verbindlicher Handlungsrahmen durch Satzung

Ob Behindertenbeiräte, Selbsthilfezusammenschlüsse oder auch Behindertenbeauftragte, ihre Arbeit sollte in Form einer Satzung verbindlich geregelt sein. Außerdem sollten sich diese Regelungen in der Hauptsatzung der Gemeinde wiederfinden. Auch hier liegt die Verantwortung bei den Akteur\*innen aus der Kommunalpolitik und der Verwaltung. Und doch ist es wichtig, diesen Anspruch und seine Relevanz zu kennen, um ihn aktiv einfordern zu können.

Grundsätzlich sollte sich die Art und Weise, wie die Belange von Menschen mit Behinderungen in die Kommunalpolitik einbezogen werden, in der Hauptsatzung der Gemeinde wiederfinden.

## Interessenvertretungen und wann sie wirksam sind

Interessenvertretungen in NRW unterscheiden sich aktuell noch sehr stark in ihrer Effektivität. Nicht alle werden dem inklusiven und partizipativen Grundsatz der UN-BRK gerecht. Wir werden daher auf den folgenden Seiten die beiden häufigsten Formen der Interessenvertretung, Beiräte und beauftragte Einzelpersonen, genauer untersuchen und darstellen, wie diese möglichst wirksam arbeiten können.

### Behindertenbeiräte als Brücken zur Kommunalpolitik

Beiräte können eine wirksame Form kommunalpolitischer Interessenvertretung sein. Wie wirksam sie sind, hängt stark davon ab, wie sie zusammengesetzt sind, welche Rechte sie haben, wie aktiv sie ihre Rolle gestalten und wie gut sie in der Kommune vernetzt sind.  
Behindertenbeiräte können für Menschen mit Behinderungen als Brücke zur Kommunal-politik dienen. Zum einen achten in der Regel Behindertenbeiräte stärker auf Barriere-freiheit. Das heißt, dass es für Menschen mit Behinderungen einfacher sein kann, sich einem Beirat anzuschließen oder diesen zunächst beobachtend zu begleiten, als dies in anderen politischen Gremien möglich ist. Das heißt allerdings leider nicht, dass alle Behinderten-beiräte für alle Menschen zugänglich sind. Auch hier bestehen Barrieren, die aber vermutlich leichter benannt, erkannt und abgebaut werden können.

Hinzu kommt: Im besten Fall besitzt der Beirat einen festen Wirkungsbereich mit festgelegten Aufgaben und Zielen. Das macht das komplexe Thema „Kommunalpolitik“ für Neulinge überschaubarer. Und: Anhand der praktischen Erfahrung der Beiratsarbeit besteht die Möglichkeit, das eigene Wissen in Bezug auf die Kommunalpolitik auszubauen und sich so effektiv beteiligen zu können, da nach und nach auch über andere Wege Möglichkeiten der politischen Teilhabe erkannt und genutzt werden können.

In vielen Städten und Gemeinden gibt es Zusammenschlüsse der Selbsthilfe, die die Aufgaben eines Beirats übernehmen, die in der Regel aber nicht so verbindlich geregelt sind wie Beiräte. Für einen Einstieg in die Kommunalpolitik können sie jedoch ebenso gut geeignet sein.

**Wie sollte ein Behindertenbeirat bestenfalls beschaffen sein?**

* Die Rechte und Pflichten des Beirats sollten verbindlich geregelt und in einer Gremiensatzung festgehalten werden.
* Der Beirat sollte als Teil der Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen in der kommunalen Hauptsatzung verankert werden.
* Welche Themen hinsichtlich der Belange von Menschen mit Behinderungen wichtig erscheinen, beraten und bearbeitet werden, sollte der Beirat selbst entscheiden können. Der Beirat sollte also ein Mitsprache-recht bei allen Entscheidungsprozessen in der Kommunalpolitik haben, bei denen der Beirat der Meinung ist, dass sie die Belange der Menschen mit Behinderungen betreffen.
* Im Behindertenbeirat sollten möglichst Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen vertreten sein. Auf diese Weise lassen sich die Interessen bündeln und mit einem größeren Gewicht in die Politik einbringen.
* In vielen Beiräten sind auch Vertreter\*innen der örtlichen Fraktionen, der Verwaltung und von Beratungs- und Betreuungsverbänden vertreten. Das ist sinnvoll, um eine enge Verbindung zum kommunalpolitischen
* Geschehen aufzubauen. Dabei ist es aller-dings wichtig, dass Selbstvertreter\*innen eine Stimmmehrheit haben oder allein stimmberechtigt sind, damit es sich beim Behindertenbeirat um ein Selbstvertretungsgremium handelt.
* Die jeweiligen Beiräte bzw. Kommunen regeln bestenfalls selbst, unter welchen Bedingungen sie arbeiten und wer Mitglied des Beirats werden kann.
* Beiräte müssen in ihrer Arbeit durch die Verwaltung unterstützt werden. Aktuell wird dies in den Kommunen in NRW noch sehr unterschiedlich geregelt.
* Die Mitarbeit im Behindertenbeirat und in den weiteren politischen Gremien sollte für alle Beiratsmitglieder barrierefrei möglich sein. Das betrifft z.B. die bauliche Barrierefreiheit von Gebäuden und Sitzungsräumen, aber auch die kommunikative Barrierefreiheit etwa durch Gebärdensprachdolmetscher\*innen oder Dokumente in barrierefreien Formaten. Die notwendigen Unterstützungsbedarfe, die eine barriere-freie Mitarbeit erst möglich machen, sollten in jedem Fall durch die Kommune bezahlt werden, z.B. Dolmetscher\*innen, eine persönliche Assistenz oder Fahrdienste.[[11]](#footnote-11)

### Behindertenbeauftragte – Anker und Anlaufstelle

Behindertenbeauftragte sind eine repräsentative, also stellvertretende Form der Interessen-vertretung. Sie sind derzeit die häufigste Art der Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen in NRW. Der Vorteil einer beauftragten Einzelperson liegt darin, dass diese Art von Interessenvertretung niedrigschwellig einzurichten ist: Man braucht nur eine Person. Außerdem bietet sie eine zentrale Anlaufstelle, die die Interessen von Menschen mit Behinderungen bündelt. Sie kann sehr gut als Schnittstelle zur Verwaltung und Politik fungieren, zwischen allen Akteur\*innen vermitteln und die unterschiedlichen Personen und Gruppen vernetzen.

Die Interessen aller Gruppen von Menschen mit Behinderungen bestmöglich zu vertreten, ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Umso wichtiger ist es, dass beauftragte Personen dafür genügend Zeit haben. Das ist aber leider nicht überall in NRW der Fall. Bei den hauptamtlichen Kräften haben gut zwei Drittel der Stellen einen Anteil von maximal 50 Prozent. Mehr als ein Fünftel der Stellen hat sogar nur einen Umfang von unter 10 Prozent. 6

Damit ist klar: Je nach Ausstattung und Besetzung der Stelle entfalten Beauftragte ein sehr unterschiedliches Maß an politischer Wirksamkeit.

**Was braucht die beauftragte Person, um wirksam arbeiten zu können?**

* Die beauftragte Person nimmt in puncto Teilhabe eine wesentliche Rolle ein. Handelt es sich um eine hauptamtliche Beauftragung, eignet sich eine Verortung innerhalb der Verwaltung an einer zentralen, ressortübergreifenden Stelle mit einem ausreichenden Stellenumfang. Damit zeigt die Kommune, dass Inklusion als Querschnittsthema ernst genommen wird.
* Bei einer ehrenamtlichen Beauftragung sind ebenfalls unterstützende Leistungen der Verwaltung denkbar. Möglich wäre etwa, dass Büroräume mit entsprechender technischer Infrastruktur für die Arbeit bereitgestellt werden.
* Die Kommune sollte außerdem eine Aufwandsentschädigung für das ehrenamtliche Engagement zahlen.
* Wichtig für haupt- und ehrenamtliche Beauftragte sind ihre Beteiligungsrechte, etwa im Rat und den Ausschüssen. Diese sollten in einer Satzung verbindlich geregelt werden.

### Behindertenbeauftragte: eine Stelle, bei der vielfältige Kompetenzen gefragt sind

**Schnittstelle und Sprachrohr**

Die beauftragte Person bildet die Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und den Menschen mit Behinderungen. Zu ihren Aufgaben gehört auch die aktive Beförderung eines kommunalen Prozesses in Richtung Inklusion und Partizipation. Dabei sollten für ihr Handeln stets die Anliegen der Menschen mit Behinderungen maßgeblich sein. Gibt es zudem ein Gremium als Interessenvertretung, sollten dessen Beschlüsse ebenfalls eine Grundlage der Arbeit liefern. Wichtig ist hierbei, dass die Zusammenarbeit zwischen den Akteur\*innen fest geregelt ist. Ziel der beauftragten Person sollte es stets sein, die eigene Stellung zu nutzen, um die Anliegen von Menschen mit Behinderungen sichtbar zu machen, sie zu stärken und so einen Austausch auf Augenhöhe zu ermöglichen.

**Fingerspitzengefühl**

Die beauftragte Person wird bei ihrer Arbeit mit sehr unterschiedlichen Ansprüchen, Belangen und Erfahrungen konfrontiert. Es kann zu Konflikten kommen. Oft ist daher in der Kommunikation und beim Miteinander Fingerspitzengefühl gefragt – und eine grundsätzlich wertschätzende Haltung, bei der man allen Menschen mit dem gleichen Respekt begegnet.

**Verankerung in der Kommune**

Die beauftragte Person arbeitet unabhängig, selbstständig und ressortübergreifend und sollte über ausreichend Ressourcen und Befugnisse verfügen, um tatsächlich effektiv Prozesse anstoßen und diese begleiten zu können. Hierfür ist eine Ansiedlung der Stelle direkt bei der Verwaltungsspitze sinnvoll, da es sich, ähnlich wie bei der Gleichstellungs-beauftragten, um ein bereichsübergreifendes, elementares Thema handelt. Die beauftragte Person sollte außerdem idealerweise selbst den Lebensmittelpunkt in der jeweiligen Kommune haben bzw. mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut sein. Das erleichtert den Einstieg in die inhaltlich fundierte Arbeit und erhöht die Ansprechbarkeit für die Bürger\*innen.

**Kommunikation und Koordination**

Die beauftragte Person sorgt dafür, dass die Informationen zwischen den unterschiedlichen Akteur\*innen von Politik, Verwaltung und Selbsthilfe fließen. Außerdem unterstützt sie die Selbstvertretung bei ihrer Arbeit und ist bei der Vernetzung mit relevanten Akeur\*innen behilflich. Auch die Öffentlichkeitsarbeit und damit die Sensibilisierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen gehören zu Aufgabenportfolio – in enger Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Stellen, wie etwa der Pressestelle, sollte sie entsprechende Maßnahmen vornehmen.

**Fachwissen**

Ist die beauftragte Person kundig in rechtlichen und behindertenpolitischen Fragen sowie in Bezug auf das Thema „Inklusion“, kann sie kompetent beraten. Kenntnisse über die diversen Behinderungen und damit über mögliche Barrieren helfen zudem bei einer erfolgreichen, zielgerichteten Kommunikation. Regelmäßige Schulungen und der Austausch mit Menschen mit Behinderungen sollten selbstverständlicher Teil der Arbeit sein.

# Die Lage in NRW – wie zugänglich ist die Kommunalpolitik?

Wie gut können sich Menschen mit Behinderungen in den Gemeinden, Städten und Kreisen in NRW kommunal-politisch beteiligen? Und was sind die rechtlichen Grundlagen in unserem Bundesland? Wirksame politische Teilhabe ist auch bei uns schon lange Gesetz. Das Land NRW hat bereits 2003 mit dem Behindertengleichstellungsgesetz NRW (im Folgenden BGG NRW) rechtliche Schritte ergriffen, um die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. So sind seitdem etwa Träger\*innen öffentlicher Be-lange dazu aufgefordert, partizipative Strukturen zu schaffen und zu unterstützen. 2016 wurden die Vorgaben des BGG NRW durch das Inklusionsgrundsätzegesetz (im Folgenden IGG NRW) konkretisiert:

„Die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen auch auf örtlicher Ebene ist eine Aufgabe von wesentlicher Bedeutung sowohl für die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als auch für die selbstbestimmte und selbstständige Lebensführung, die Wahrnehmung der Menschen mit Behinderungen als Teil menschlicher Vielfalt sowie für den Schutz vor Diskriminierungen und Benachteiligungen. Das Nähere zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen bestimmen die Gemeinden und Gemeindeverbände durch Satzung.“

Paragraf 13, Absatz 1, BGG NRW

Das betrifft auch die Kommunalpolitik: Kommunen sind dazu aufgefordert, aktiv auf ein Umfeld hinzuwirken, in dem Menschen mit Behinderungen wirksam und umfassend an der Gestaltung inklusiver Lebensverhältnisse mitwirken können. Kommunen sind zudem rechtlich dazu verpflichtet, die Gründung von Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen und zu unterstützen:[[12]](#footnote-12)

„Die Träger öffentlicher Be-lange wirken aktiv auf ein Umfeld hin, in dem Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend an der Gestaltung der inklusiven Lebensverhältnisse mitwirken können. Dabei sollen Menschen mit Behinderungen darin unterstützt und ermutigt werden, ihre Vereinigungsfreiheit wahrzunehmen, ihre eigenen Kompetenzen zu stärken, in ihren eigenen Angelegenheiten selbstständig und selbstbestimmt tätig zu werden, sowie ihre Interessen zu vertreten. Wesentlich hierfür sind insbesondere Organisationen von Menschen mit Behinderungen, die sie auf Landesebene und kommunaler Ebene vertreten, sowie geeignete unabhängige Beratungs- und Unterstützungsstrukturen.“

Paragraf 9, Absatz 3 IGG NRW

## Der Stand zur politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in NRW

Somit ist der rechtliche Rahmen klar abgesteckt. Doch wie sieht es in der Praxis aus? Mindestens 20 Prozent der Einwohner\*innen Nordrhein-Westfalens haben eine Be-hinderung oder eine chronische Erkrankung. Das sind rund 3,67 Millionen Menschen. Diese Zahl geht aus dem Teilhabebericht[[13]](#footnote-13) des Landes NRW aus dem Jahr 2020 hervor. Die Ergebnisse des Teilhabeberichts zeigen, dass viele Menschen mit Behinderungen großes Interesse an Politik haben.[[14]](#footnote-14) In der Praxis ist der Anteil der Menschen, die sich politisch aktiv engagieren, jedoch gering. Werfen wir einen Blick auf die Situation in NRW.

**Warum sind es mindestens 20 Prozent?**

Die Zahl setzt sich zusammen aus:

* 2,02 Millionen Menschen mit einer anerkannten Schwerbehinderung
* 1,42 Millionen Menschen mit einer anerkannten Behinderung mit Warum sind es mindestens 20 Prozent?
* rund 232.000 Menschen mit chronischen Erkrankungen ohne amtlich anerkannte Behinderung

Die Zahl der chronisch Erkrankten ohne amtlich anerkannte Behinderung wurde mittels einer Stichprobe geschätzt. Menschen, die in Einrichtungen leben oder Lernschwierigkeiten haben, sind laut Teilhabebericht untererfasst. Es ist also davon auszugehen, dass die tatsächliche Anzahl der Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen höher liegt.

## Über die Interessenvertretung in die Politik

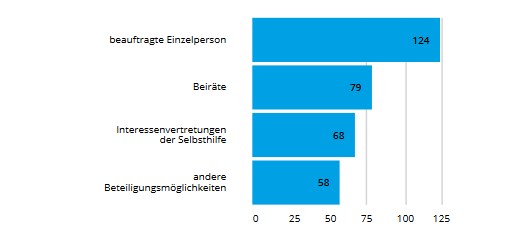
Beim Thema „politische Teilhabe in der Kommunalpolitik“ spielen Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen eine wesentliche Rolle. Sie ermöglichen einen direkten Zugang zur Politik und können auf diese Weise dafür sorgen, dass Perspektiven und Belange von Menschen mit Behinderungen verlässlich und regelmäßig in die politischen Entscheidungsfindungen einfließen.

Außerdem können sie den Weg in politische Strukturen und Ämter ebnen. Dazu stellen Interessenvertretungen aktuell die wohl konstanteste und meistgenutzte Form der behinderten-politischen Beteiligung in der nordrhein-westfälischen Kommunalpolitik dar. Ein Blick auf die Situation der Interessenvertretungen in NRW vermittelt daher einen guten Überblick, wie es insgesamt um die wirksame kommunalpolitische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen in NRW steht.

## Interessenvertretungen: die Lage in Zahlen

Gut die Hälfte der NRW-Kommunen (54,3 Pro-zent) hat mindestens eine Form der Interessenvertretung. In 45,7 Prozent der NRW-Kommunen gibt es demnach noch keine Vertretungsstruktur. Die folgende Grafik [[15]](#footnote-15) zeigt, wie häufig die einzelnen Arten der Interessenvertretung bei der wissenschaftlichen Erhebung des ZPE benannt wurden. Das zeigt eine Untersuchung des Zentrums für Planung und Evaluation Sozialer Dienste der Universität Siegen (ZPE) aus dem Jahr 2019.

Befragt wurden bei dieser Untersuchung Expert\*innen aus allen NRW-Gemeinden, -Städten und -Kreisen. Ergänzend flossen Informationen aus eigenen Recherchen des ZPE mit ein. Daher kann begründet angenommen werden, dass die Ergebnisse der Untersuchung die Situation zum Erhebungszeitpunkt 2019 in NRW realistisch abbilden.



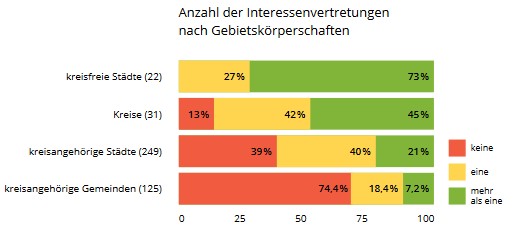
## Wie (gut) Sie sich kommunalpolitisch beteiligen können, hängt vom Wohnort ab

In Bezug auf das Vorhandensein von Interessen-vertretungen in den unterschiedlichen Gebietskörperschaften fällt eines deutlich auf:

Ob es Interessenvertretungen und damit bessere politische Teilhabemöglichkeiten in einer Kommune gibt, hängt in vielen Fällen stark davon ab, ob Sie in einer kreisfreien Stadt oder in einer kreisangehörigen Gemeinde/Stadt leben: „Während in allen kreisfreien Städten mindestens eine Form der Interessenvertretung vorhanden ist, sind diese auf Ebene der kreisangehörigen Städte und Gemeinden weniger flächendeckend vorhanden“[[16]](#footnote-16), heißt es im Bericht des ZPE.

Die untenstehende Tabelle verdeutlicht dies:

* Bei den kreisfreien Städten haben 27 Prozent eine Interessenvertretung und 73 Prozent mehr als eine Interessenvertretung.
* Bei den Kreisen haben 13 Prozent keine Interessenvertretung, 42 Prozent eine und 45 Prozent mehr als eine Interessenvertretung.
* Bei den kreisangehörigen Städten haben 39 Prozent keine Interessenvertretung, 40 Prozent eine und 21 Prozent mehr als eine Interessenvertretung.
* Bei den kreisangehörigen Gemeinden haben 74,4 Prozent keine Interessenvertretung, 18,4 Prozent eine und 7,2 Prozent mehr als eine Interessenvertretung.



## Kreisangehörige Gemeinden haben am seltensten eine Interessenvertretung

Bei den Kreisen dominiert die Interessenvertretung durch Behindertenbeauftragte etwas gegenüber den Gremien. Bei kreisangehörigen Städten dominieren die Behinderten-beauftragten deutlich. Aber auch der Anteil der Beiräte ist recht hoch.

Deutlich seltener gibt es eine oder mehrere Formen der Interessenvertretung in den kreisangehörigen Gemeinden. Wenn es eine Form gibt, so ist dies am häufigsten ein\*e Behindertenbeauftragte\*r. Verständlicherweise dürfte es besonders bei Gemeinden mit einer geringen Einwohner\*innenzahl schwieriger sein, eine Interessenvertretung mit zahlreichen Mitgliedern auf die Beine zu stellen.

In solchen Fällen kann es sinnvoll sein, sich mit Nachbargemeinden zusammenzuschließen oder aktiv an einer effektiven Interessenvertretung auf Kreisebene mitzuwirken. Wichtig ist es, auch in den kleinen Gemeinden einfache Zugänge für alle zu schaffen, die sich beteiligen und ihre Perspektive einbringen wollen.

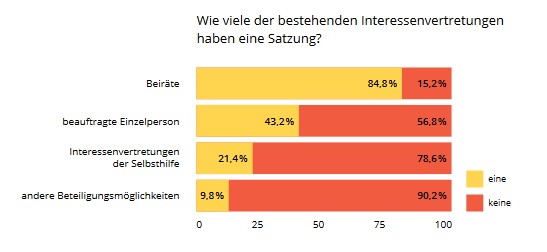
**Häufig fehlt die Verbindlichkeit**

Für eine wirksame Teilhabe braucht es vor allem Verbindlichkeit. Verlässliche und gültige Regelungen etwa zu Rechten und Ressourcen, zu Fragen der Stimmberechtigung und der Mitgliedschaft spielen bei der Effektivität einer Interessenvertretung eine wesentliche Rolle. Dies gilt für Beiräte genauso wie für Behindertenbeauftragte. Auch der Gesetzgeber sieht diese Verbindlichkeit vor: So ist jede Kommune gesetzlich verpflichtet, eine Satzung zu erarbeiten, die die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen auf örtlicher Ebene regelt. Dazu gehört unter anderem die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe. Siehe dazu auch Paragraf 13, Absatz 1 BGG NRW.

Dieser Vorgabe sind mit Stand 2019 jedoch nur ca. 20 Prozent der Kommunen in NRW nach-gekommen. Die untenstehende Tabelle gibt einen Überblick darüber, welche Formen der Interessenvertretung am häufigsten durch eine Satzung geregelt sind. Man sieht z.B., dass die Arbeit von beauftragten Einzelpersonen mehrheitlich noch nicht per Satzung geregelt wird. Deutlich häufiger als eine Satzung nach Paragraf 13 BGG NRW gibt es Gremien-satzungen, die die Arbeit der einzelnen Interessenvertretungsformen regeln.

## Wie viele der bestehenden Interessenvertretungen haben eine Satzung?

Die folgende Grafik zeigt, wie viele Interessenvertretungen eine Satzung haben:



* Bei den Beiräten sind es 84,8 Prozent, die eine Satzung haben.
* Für beauftragte Einzelpersonen gibt es nur in 43,2 Prozent der Fälle eine Satzung.
* Interessenvertretungen der Selbsthilfe haben in 21,4 Prozent der Fälle eine Satzung und andere Beteiligungsmöglichkeiten in 8,9 Prozent der Fälle.

**NRW hat einen langen Weg vor sich**

Die Zahlen zeigen sehr deutlich: In NRW gibt es noch viel zu tun, damit eine wirksame Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen in der Kommunalpolitik keine Frage des Wohnorts bleibt. Damit überall eine angemessene Repräsentation gegeben ist. Und damit alle Bürger\*innen überall wirksam und gleichberechtigt teilhaben können und wir langfristig inklusive Gemeinwesen für alle schaffen.

# Infopool

Im folgenden Infopool finden Sie weiterführende Literatur und Websites sowie mögliche Anlauf-stellen, die Ihnen zum Beispiel bei Fragen zum Thema der politischen Partizipation weiterhelfen können.

## Weiterführende Literatur

* Behrens, E. K. F. (2013): Rolle, Einfluss und Durchsetzungschancen von Behinderten-beiräten, Behindertenbeauftragten oder Koordinatoren in Kommunen – eine sozio-logische Studie der Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen. Remscheid: Gardez! Verlag
* Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V. (BeB), Fachverband im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung (2019): Fragensammlung „Mitbestimmen!“. Berlin: Verbum Druck- & Verlagsgesellschaft mbH
* Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de>
* Degener, T.; Diehl, E. (Hrsg.) (2015): Handbuch Behindertenrechtskonvention. Teilhabe als Menschenrecht – Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe. Bonn: bpb Bundeszentrale für politische Bildung
* Deutsches Institut für Menschenrechte, Informationsseite zur Partizipation: www.institut-fuer-menschenrechte.de
* Diehl, E. (Hrsg.) (2017): Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
* Düber, M.; Rohrmann, A.; Windisch, M. (Hrsg.) (2015): Barrierefreie Partizipation. Entwicklungen, Herausforderungen und Lösungs-ansätze auf dem Weg zu einer neuen Kultur der Beteiligung. Weinheim: Juventa
* Gemeinsam einfach machen, Internetportal zum Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK: [www.gemeinsam-einfach-machen.de](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.gemeinsam-einfach-machen.de)
* Informationsseite zur UN-Behindertenrechtskonvention: [www.behindertenrechtskonvention.info](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.behindertenrechtskonvention.info)
* Inklusionsportal des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW: [www.mags.nrw/inklusionsportal](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.mags.nrw\inklusionsportal)
* Konieczny, E. et al. (2012): Inklusionsorientierte Verwaltung. Arbeitshilfe zur Sensibi-lisierung und Qualifizierung von kommunalen Verwaltungsstellen. ZPE-Schriftenreihe Nr. 25. Online verfügbar unter: https://www. Uni siegen.de/zpe/forschungsnetzwerke/teilhabeplanung/pdf/zpe\_schriftenreihe\_25.pdf
* LAG SELBSTHILFE NRW e.V. mit dem Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste der Universität Siegen (2021): Abschluss-bericht zum Projekt „Mehr Partizipation wagen!“ – Mai 2016 bis April 2019. Münster/Siegen. Online verfügbar unter: [www.politische-partizipation-passgenau.de](http://www.politische-partizipation-passgenau.de)
* Lampke, D.; Rohrmann, A.; Schädler, J. (Hrsg.) (2011): Örtliche Teilhabeplanung mit und für Menschen mit Behinderungen. Theorie und Praxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
* Meyer D. Hilpert W.; Lindmeier B. (Hrsg.) (2020): Grundlagen und Praxis inklusiver politischer Bildung”. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
* Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2020): Teilhabebericht Nordrhein-Westfalen. Bericht zur Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen und zum Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Düsseldorf: Online verfügbar unter: [www.mags.nrw/teilhabebericht\_nrw](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.mags.nrw\teilhabebericht_nrw)
* Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft (2011): Inklusion vor Ort. Der Kommunale Index für Inklusion – ein Praxishandbuch. Berlin: Eigen-verl. des Dt. Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge.
* Rheinisch-Bergischer Kreis, im Download-Be-reich befinden sich viele gute Informationen zu Kommunalpolitik, Verwaltung und Inklusion, besonders auch in Leichter Sprache: www.rbk-direkt.de/planungsstab-inklusion.aspx
* Rohrmann, A.; Schädler, J. et al. (2014): Inklusive Gemeinwesen Planen. Eine Arbeitshilfe, hrsg. vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf. Online verfügbar unter: [www.uni-siegen.de/zpe](http://www.uni-siegen.de/zpe)

## Anlaufstellen

**Politische Partizipation**

* Projekt: In Zukunft inklusiv! [www.in-zukunft-inklusiv.de](http://www.in-zukunft-inklusiv.de)
* Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben (ISL) e.V.: [www.isl-ev.de](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.isl-ev.de)
* Netzwerk Artikel 3, Verein für Menschenrechte und Gleichstellung Behinderter e.V.:

[www.netzwerk-artikel-3.de](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.netzwerk-artikel-3.de )

**Barrierefreiheit**

* Agentur Barrierefrei NRW: [www.ab-nrw.de](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.ab-nrw.de)
* Bundesfachstelle Barrierefreiheit: [www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de )

**Teilhabe: Beratung und Information**

* Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen: [www.behindertenbeauftragter.de](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.behindertenbeauftragter.de )
* Die Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen: [www.lbb.nrw.de](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.lbb.nrw.de)
* Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB): [www.teilhabeberatung.de](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.teilhabeberatung.de)
* Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben NRW: [www.ksl-nrw.de](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.ksl-nrw.de)
* Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW e.V.: [www.lag-selbsthilfe-nrw.de](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.lag-selbsthilfe-nrw.de)
* Sozialhelden e.V.: [www.sozialhelden.de](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.sozialhelden.de )
* Wegweiser zum Thema „Leben mit Behinderung“: [www.einfach-teilhaben.de](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.einfach-teilhaben.de )

**Menschen mit Lernschwierigkeiten**

* Mensch zuerst, Netzwerk People First Deutschland e.V.: [www.menschzuerst.de](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.menschzuerst.de)
* Netzwerk Leichte Sprache: [www.leichte-sprache.org](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.leichte-sprache.org )

**Frauen und Mädchen mit Behinderungen**

* Netzwerk Frauen und Mädchen mit Behinderung/chronischer Erkrankung NRW:  
  [ww.netzwerk-nrw.de](http://www.netzwerk-nrw.de)
* Fachstelle für Gewaltprävention und Gewaltschutz für Mädchen und junge Frauen mit Behinderung/chronischer Erkrankung – Mädchen sicher inklusiv [www.mädchensicherinklusiv-nrw.de](file:///C:\Users\Tina\AppData\Local\Microsoft\Windows\INetCache\Content.Outlook\ENKGBKR2\www.mädchensicherinklusiv-nrw.de)

1. **Was ist die UN-BRK?** Die UN-BRK ist ein völkerrechtlicher Vertrag der Vereinten Nationen. Mit ihr wurde die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ auf die Situation von Menschen mit Behinderungen bezogen und konkretisiert.

   182 Staaten haben sich dazu verpflichtet, die in der UN-BRK beschriebenen Rechte umzusetzen. In Deutschland ist die UN-BRK seit 2009 rechtsverbindlich und hat seither den Rang eines Bundesgesetzes.

   Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte” ist ein Beschluss der Vereinten Nationen, zu denen auch Deutschland gehört. Viele der seit 1948 geschlossenen Übereinkommen, Gesetze und Verträge basieren auf ihr. [↑](#footnote-ref-1)
2. www.behindertenrechtskonvention.info, Seite 8 [↑](#footnote-ref-2)
3. Vereinte Nationen 2000–2018: https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf, Seite 2 [↑](#footnote-ref-3)
4. In der deutschen Übersetzung der UN-BRK ist am häufigsten von „wirksamer Teilhabe“ die Rede. [↑](#footnote-ref-4)
5. www.behindertenrechtskonvention.info, Seite 29f [↑](#footnote-ref-5)
6. Jede Kommune ist gesetzlich verpflichtet, eine Hauptsatzung zu erstellen. Diese muss von den Rats-/Kreistagsmit-gliedern mehrheitlich beschlossen werden. [↑](#footnote-ref-6)
7. Vgl.: https://www.wahlergebnisse.nrw/kommunalwahlen/2020 (Stand Februar 2022) [↑](#footnote-ref-7)
8. Vgl.: https://www1.wdr.de/nachrichten/kommunalwahl/frauen-in-der-kommunalpolitik-100.html (Stand Februar 2022) [↑](#footnote-ref-8)
9. Große Städte sind in Bezirke aufgeteilt. Für diese Bezirke werden bei den Kommunalwahlen eigene Vertreter\*innen gewählt. Sie haben im Rat verschiedene Entscheidungs- und Anhörungsrechte. Außerdem können sie teilweise über die Verwendung von Geldern für ihren Bezirk entscheiden. [↑](#footnote-ref-9)
10. Diese Feststellung stammt aus einem Forschungsprojekt der Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW und des Zentrums für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen. [↑](#footnote-ref-10)
11. Mit unserer Broschüre „Prüfen, planen, an-packen – Checkliste für eine wirksame politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen“ können Sie prüfen, wo Ihr Behindertenbeirat aktuell steht und an welchen Stellen es Entwicklungspotenzial gibt.

    Die Broschüre finden Sie unter: [www.politik-fuer-alle.nrw](http://www.politik-fuer-alle.nrw) [↑](#footnote-ref-11)
12. Weitere rechtliche Grundlagen für die kommunalpolitische Beteiligung von Menschen mit Behinderungen finden Sie in der Gemeindeordnung NRW in den Paragrafen 24 und 27a. [↑](#footnote-ref-12)
13. Vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2020): Teilhabebericht Nordrhein-Westfalen. Bericht zur Lebenssituation von Menschen mit Beeinträchtigungen und zum Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Düsseldorf (online verfügbar unter www.mags.nrw/teilhabebericht\_nrw). [↑](#footnote-ref-13)
14. Ebd., Seite 8 [↑](#footnote-ref-14)
15. LAG SELBSTHILFE NRW e.V. mit dem Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste der Universität Siegen: Abschlussbericht zum Projekt „Mehr Partizipation wagen!“ – Mai 2016 bis April 2019. Münster/Siegen. Seite 118 [↑](#footnote-ref-15)
16. Ebd., Seite 120 [↑](#footnote-ref-16)